

sozialdemokratischer SPD pressediens

P/XXV/231

7. Dezember 1970

Auf dem Weg zur Verständigung

Der deutsch-polnische Vertrag und unser Ziel

Seite 1 und 2 / 59 Zeilen

Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses

Eine der wichtigsten Maßnahmen der Bildungsreform

Seite 3 und 4 / 82 Zeilen

Das Gespräch der Jugend geht weiter

Europäische Jugendvertreter-Konferenz nahm die Chancen wahr

Seite 5 / 55 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

US-Amerikas Verteidigungspolitik in den siebziger Jahren

Von Admiral Thomas H. Moorer
Chef des gemeinsamen Stabes der US-Streitkräfte

Seite 6 bis 8 / 120 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 9, Hausallee 2-10
Postfach: 9153
Presshaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 888 842/888 847
88848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Auf dem Weg zur Verständigung

Der deutsch-polnische Vertrag und unser Ziel

Die Unterschriften des sozialdemokratischen Kanzlers der Bundesrepublik Deutschland und des kommunistischen Ministerpräsidenten der Volksrepublik Polen unter den Vertrag von Warschau kennzeichnen regierungsoffiziell den ersten Schritt auf dem gemeinsamen Wege zur Verständigung zwischen den beiden Staaten und Völkern, die sich solange feindlich gegenübergestanden haben. Dieser Weg wird lang sein und von beiden Seiten mehr als guten Willen erfordern, damit eines Tages das Zeichen der Versöhnung gesetzt werden kann. 31 Jahre nach dem im Namen des Deutschen Reiches und Volkes entfachten Krieg und 25 Jahre nach der totalen Kapitulation, die Millionen Tote und namenloses Elend zu zeugen hatte, wird der historische Versuch unternommen, neu zu beginnen.

Die Vertragsunterschriften von Willy Brandt und Jozef Cyrankiewicz können die Vergangenheit gewiss nicht vollends auslöschen; sie wird die Menschen der Kriegsgenerationen bis an ihr Lebensende begleiten und bedrücken. Die unauslöschliche Erinnerung - an das Toben der Kriegsfurie, an Tod jenseits menschlichen Vorstellungsvermögens und an die verlorene Heimat - wird ihnen gegenwärtig bleiben; nicht um Rachegefühle zu bewahren oder gar neu zu erzeugen, sondern um uns stetig anzuspornen, solches unselige Geschehen nie wieder grausige Wirklichkeit werden zu lassen. Die Opfer auf beiden Seiten dürfen und können nicht umsonst gewesen sein.

Das ewig fordernde Erbe der Toten des deutschen und des polnischen Volkes heisst Gewaltlosigkeit, heisst Zusammenarbeit, heisst Verständigung, heisst Versöhnung, heisst Frieden. Jeder Mensch, der durch die Hölle von damals gegangen ist und sie überlebt hat, sieht sich heute in diese so gekennzeichnete Pflicht genommen, für die der deutsch-polnische Vertrag vom 7. Dezember 1970 ein markantes Symbol ist. Und diese Pflicht ist unser freiwilliger Beitrag für ein Friedenswerk, das eines Tages ganz Euro-

pa umfassen wird.

An diesem Beitrag müssen wir alle teilhaben und mitwirken, damit das deutsch-polnische Abkommen mit Leben erfüllt werden kann, ohne das es nur Papier bleiben müsste. Dieser individuelle Beitrag bedeutet zugleich Verzicht auf Illusionen, die allzulange den Blick auf die Realitäten verzerrt und versperren haben, die seit 1945 die europäische Szene beherrschen und bestimmen. Dieses Zurechtfinden in der Wirklichkeit von 1970 ist für jeden Menschen, der unmittelbar betroffen wurde und ist, schwierig genug, weil eine Stärke vorausgesetzt wird, die nicht jedermanns Sache ist. Aber die Einzelschicksale sind eingebettet in das Geschick des ganzen Volkes, das insgesamt unerhörte Opfer gebracht und sich dann gemeinsam erfolgreich bemüht hat, wieder seinen Platz im Leben der Völker einzunehmen. Diese Gemeinsamkeit und dieser Erfolg sollten erhalten bleiben, damit unser Selbstvertrauen und das Vertrauen, das uns die Umwelt schenkt, nicht verloren gehen.

Der 7. Dezember 1970 ist also in erster Linie ein Appell an die Menschen der Staaten, deren Regierungen diesen Vertrag unterzeichnet haben. Wenn die Grenzen transparenter geworden sind, wenn die Familienzusammenführungen in Gang gesetzt werden, wenn der Kulturaustausch läuft, wenn das grosse Wiederkennenlernen einsetzt und ausgebaut und vertieft wird, dann haben wir alle, jeder von uns, die Grundsteine für das friedliche Zusammenleben und Zusammenwirken der jungen Generationen gelegt, die sich anschicken, die Kriegs- und die ersten Nachkriegsgenerationen abzulösen. Daran sollten wir denken, wenn wir dem deutsch-polnischen Vertrag so bewerten und ihm deshalb zustimmen.

Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses

Eine der wichtigsten Maßnahmen der Bildungsreform

Der Weg zum Beruf des Hochschullehrers ist noch immer ein Abenteuer, vielfach mit Entbehrungen verbunden und mit Risiken gepflastert, die man in anderen beruflichen Laufbahnen als Zumutung empfinden würde. Im Durchschnitt vergehen nach Fachuntersuchungen zwischen dem ersten Hochschulabschluß und der Promotion mehr als vier Jahre, fast acht weitere Jahre bis zur Habilitation und noch einmal runde acht Jahre bis zur ersten Berufung zum Hochschullehrer. Betrachtet man die Promotion als Eingangsvoraussetzung für eine Hochschullaufbahn (§ 42 des Entwurfs eines Hochschulrahmengesetzes), so ist festzustellen, daß die Zahl der Promovierten, von denen zudem noch ein großer Teil außerhalb der Hochschulen tätig wird, den Nachwuchsbedarf der Hochschulen bei weitem nicht deckt. Zu viele Assistentenstellen sind - was nicht ihr Zweck ist - mit Doktoranden besetzt. Promotionsstipendien aber waren von jeher rar.

Doch auch außerhalb der Hochschulen wird über Mangel an wissenschaftlichem Nachwuchs geklagt. Es gibt kaum geregelte Aufbau- bzw. Ergänzungsstudiengänge. Die beruflichen Anforderungen an das wissenschaftliche Niveau der Ausbildung werden freilich auf allen Stufen und in allen Bereichen höher.

Diesem Mangel will die Bundesregierung nun durch ein Graduiertenförderungsprogramm ("Gesetz zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses") abhelfen, das im Entwurf vorliegt. Es erscheint geeignet, die Gleichheit der Chancen für den wissenschaftlichen Nachwuchs dadurch zu gewährleisten, daß Zahl und Ausstattung der Stipendien nicht mehr von der Finanzkraft des Standortlandes der einzelnen Hochschule abhängen. Die Stipendien dienen der Förderung der Promotion und des Aufbaustudiums. In beiden Fällen werden von den Stipendiaten überdurchschnittliche Leistungen erwartet. Die Förderung soll unter Anrechnung eigener Einkünfte sowie im begrenzten Umfang von Vergütungen für eine freiwillige Tutorientätigkeit familienunabhängig erfolgen und die Zahlung von Verheiraten- und Kindzuschlägen vorsehen.

Nach der Absicht der Bundesregierung werden die ersten Graduiertenstipendien voraussichtlich schon im Sommersemester

1971, aus Gründen der organisatorischen Zweckmäßigkeit über die Hochschulen, vergeben werden. Das Grundstipendium für Ledige soll monatlich 900.-- DM betragen und in der Regel auf zwei in Ausnahmefällen drei Jahre befristet sein.

Als Aufbaustudium im Sinne des Förderungsprogramms gilt ein Studium, das der Ergänzung oder Vertiefung einer abgeschlossenen Hochschulbildung durch erweiterte Beteiligung an der Forschung dient. Wer ein Hochschulstudium abgeschlossen hat, das ihm die Zulassung zur Promotion eröffnet, kann zur Teilnahme an einem Graduiertenstudium ein Stipendium erhalten. Die Graduierung nach einem Fachhochschulbesuch oder im Anschluß an ein Kurzstudium reicht nicht aus. Ein selbständiges Zweitstudium fällt, obwohl es eine Zusatzqualifikation darstellt, nicht unter den Begriff des Aufbaustudiums.

Das Graduiertenförderungsprogramm des Bundes beruht rechtlich auf Artikel 74 Ziffer 13 des Grundgesetzes, in welchem dem Bund eine konkurrierende Gesetzgebungsbefugnis in Fragen der Förderung der wissenschaftlichen Forschung zugesprochen wird. Dieser Auftrag bezieht sich auf den gesamten Bereich der wissenschaftlichen Tätigkeit in Forschung, Entwicklung und Umsetzung und schließt deshalb die Verantwortung des Bundes für den wissenschaftlichen Nachwuchs innerhalb und außerhalb der wissenschaftlichen Hochschulen ein.

Eine planlose Förderung von wissenschaftlichen Vorhaben ist nicht im Sinne einer qualifizierten, d.h. gesellschaftsbezogenen Forschungspolitik. Man muß deshalb wie bei der Projektförderung auch bei der Graduiertenförderung Prioritäten setzen, d.h. darauf achten, daß die unterstützten Vorhaben in einem sinnvollen gesellschaftlichen Bezug stehen, mindestens aber vom Standpunkt der jeweiligen Disziplin einen wissenschaftlichen Fortschritt erwarten lassen.

Der Aufbau eines Graduiertenprogramms sieht zunächst die Vergabe von 5.000 Stipendien vor und wird sich in den folgenden Jahren noch erheblich steigern. Bei dem wachsenden Bedarf an wissenschaftlichen Fachkräften innerhalb und außerhalb der Hochschulen ist eine Förderung in diesem Ausmaß sicher unerlässlich. Allein der Ausbau des Hochschulwesens erfordert bis 1980 eine Verdoppelung des wissenschaftlichen Personals, ohne welche die übrigen quantitativen Ausweitungen ohne Wirkung bleiben müssen.

Das Gespräch der Jugend geht weiter

Europäische Jugendvertreter-Konferenz nahm die Chancen wahr

Für die einen war es ein Exempel kommunistischer Unterwanderung, andere sahen nichts anderes als einen Austausch alter Vorwürfe und sonst nichts Neues. Beide Urteile werden der ersten Europäischen Jugenddelegierten-Konferenz nicht gerecht, beide Urteile sind falsch.

In München war vom 2. bis 5. Dezember der Versuch unternommen worden, zum ersten Mal verantwortliche Jugendvertreter aus ganz Europa zum Meinungsaustausch zusammenzubringen. Von den 27 eingeladenen Ländern waren 26 gekommen, nur Albanien hatte ablehnend reagiert. Spanien, Portugal und Griechenland waren nicht gebeten worden. Mit den Abgesandten faschistischer Regime wollte sich niemand an den Tisch setzen; die Konferenz wäre sonst unmöglich geworden. Weil der Einladungsbrief an die Dachorganisationen auf nationaler und internationaler Ebene erging, ist der Vorwurf linker Schlagseite absurd. Nimmt man die sich so äussernden Kritiker näher unter die Lupe, dann erweisen sie sich als die gleichen, die so heftig um eine unzeitgemäße Reprise des Kalten Krieges bemüht sind.

Zumindest unbedacht erscheinen die Forderungen anderer Beobachter, die von der Konferenz Lösungsvorschläge für alle europäischen Probleme erwarteten. Im Handumdrehen, meinten sie, sollte die junge Generation den Knoten lösen, den die Älteren in Jahren einer Politik des Unverständnisses geschürzt hatten. Das konnte im Ernst niemand verlangen.

So erklärt sich die Schwerfälligkeit, mit der die erste Generalversammlung junger Europäer aus West und Ost und aus den bündnisfreien Staaten in Fahrt kam. In zahlreichen Statements wurde eine Position neben der anderen deutlich gemacht, aufeinander zuzugehen war noch schwierig, aber der sachliche Ton, in dem man miteinander umging, war unüberhörbar.

Am Ende stellten sich doch mehr Fortschritte heraus. Der wichtigste ist dieser: Das Gespräch wird fortgesetzt. Daß der Vorschlag dazu von sowjetischer Seite kam, ist ein besonderer Erfolg. Denn gerade die Abordnungen aus der UdSSR und anderen sozialistischen Staaten hatten darauf bestanden, die Verantwortlichkeit der westlichen Veranstalter - Deutsches Nationalkomitee für internationale Jugendarbeit und Europäischer Jugendrat - festzuhalten.

Übereinstimmung stellte sich in vielen Fragen der europäischen Friedensordnung heraus. Die Verträge zwischen Bonn und Moskau und zwischen Bonn und Warschau wurden mit allgemeiner Zustimmung bedacht - ausgenommen von einem Sprecher der Bonner Opposition. Lediglich bei der Erörterung eines europäischen Jugendwerkes erklärten sich die Osteuropäer für zunächst nicht angesprochen. Die Vertreter des Westens machten hinwieder deutlicher, daß sie sehr für den provisorischen Charakter dieser vom Europarat maßgeblich gelenkten Unternehmung wären: um nichts zu verbauen.

Alles in allem nahm die Konferenz von München die Chance wahr, von der Bundesjugendministerin Käthe Strobel in einem Grußwort gesprochen hatte: Man erkundete, wie eine Zusammenarbeit zwischen den Jugendorganisationen ganz Europas möglich ist.

Hermann Schueler

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

US-Amerikas Verteidigungspolitik in den siebziger Jahren

Von Admiral Thomas H. Moorer

Chef des gemeinsamen Stabes der US-Streitkräfte

Die Vereinigten Staaten befinden sich heute in einer Zeit des Übergangs - des Übergangs von einer Ära des Krieges zu einer Ära des Friedens, von einer Ära der Konfrontation zu einer Ära der Verhandlungen, von einer Ära, in der die USA die Hauptlast für die Verteidigung der freien Welt trugen, zu einer Ära, in der, wie wir hoffen, diese Last von unseren Freunden und Verbündeten in einem angemessenen Verhältnis mitgetragen wird.

Aufgrund von fundamentalen Veränderungen auf der weltpolitischen Bühne haben wir nun einen neuen Kurs der Außenpolitik sowie auf dem Gebiet der nationalen Sicherheitsstrategie eingeschlagen.

Eine dieser Veränderungen bezieht sich auf die Situation, wie sie zu Ende des Zweiten Weltkrieges herrschte, als die Vereinigten Staaten mit ihrer großen militärischen und wirtschaftlichen Stärke das einzige Land der freien Welt waren, das die Hauptlast für die Verteidigung und den Wiederaufbau der vom Kriege zerstörten Länder sowie der Entwicklungsländer auf einer weltweiten Basis auf sich nehmen konnte.

Heute sind Westeuropa und Japan nach Wiedererlangung ihrer wirtschaftlichen Stärke in der Lage, größere Verantwortungen zu tragen. Die neuen Nationen in der Welt sind, gestützt auf einen immer stärker werdenden Geist der Unabhängigkeit, entschlossen, eine autonomere Rolle auf der weltpolitischen Bühne von heute zu spielen.

Eine zweite Veränderung von großer Bedeutung war der Zusammenbruch der monolithischen Struktur, die, wie man einstmals annahm, die ganze kommunistische Welt umfaßte.

China, mit einer Bevölkerung von 600 Millionen Menschen und einer sich rasch ausweitenden Nuklear-Kapazität, steht im Konflikt mit der Sowjetunion, und die Solidarität der Kommunisten erscheint weiter erschüttert, wenn man sich vor Augen führt, daß der einzige Einsatz der sowjetischen Armee seit dem Zweiten Weltkrieg gegen einen eigenen Verbündeten erfolgte.

Die dritte Veränderung betrifft das strategische Verhältnis in der Welt. Zur Zeit der Kuba-Krise im Jahre 1962 erfreuten sich die USA einer Überlegenheit auf dem Gebiete der Langstreckentraketen im Verhältnis von 5 : 1 und einer überwältigenden Überlegenheit im Hinblick auf Langstrecken-Flugzeuge sowie der von Unterseebooten abgeschossenen Raketen. Heute sehen wir uns nach einem beschleunigten Anwachsen der strategischen Kapazität der

Sowjets einer Situation gegenüber, in der nahezu ein Gleichgewicht besteht.

Vor diesem Hintergrund veränderter internationaler Gegebenheiten und in Erkenntnis der Notwendigkeit, die Außenpolitik entsprechend anzupassen, hat der Präsident auf Guam die Nixon-Doktrin verkündet. Danach werden die USA ihren vertraglichen Verpflichtungen nachkommen und Schutz gewähren, falls eine Atommacht die Freiheit einer mit den USA verbündeten Nation oder einer Nation bedroht, die für die amerikanische Sicherheit wichtig ist. Wir erwarten von anderen Nationen, daß sie entweder einzeln oder im Rahmen regionaler Anstrengungen einen größeren Teil des Menschenspotentials zu ihrer eigenen Verteidigung bei angemessener militärischer und wirtschaftlicher Unterstützung seitens der USA stellen.

Der neue Kurs der amerikanischen Außenpolitik stützt sich also auf eine Strategie für den Frieden, die die Partnerschaft mit unseren Verbündeten und Freunden mit der nötigen Verteidigungsstärke und der Bereitschaft zu verhandeln verbindet.

Sowohl in Europa als auch in Asien erfordert die Verwirklichung unserer Partnerschaftsstrategie die Fortsetzung einer Präsenz in Übersee und des entsprechenden Stützpunktsystems, die Aufrechterhaltung einer strategischen Reserve sowie eines Mobilisierungspotentials.

Unsere Strategie für Europa berücksichtigt in vollem Umfange, daß NATO-Europa, was die strategische Bedeutung in der freien Welt anbetrifft, gleich nach den Vereinigten Staaten rangiert. Seine Sicherheit ist von der der Vereinigten Staaten nicht zu trennen.

Die Abschreckung vor einem militärischen Angriff auf die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten ist ein Grundziel der nationalen Sicherheitspolitik der USA. Wie Präsident Nixon erklärt hat, beruht unsere strategische Konzeption auf dem Grundsatz, daß der "vornehmliche Zweck unserer strategischen Position politischer und defensiver Art ist: Anderen Ländern die Möglichkeit zu nehmen, daß sie den Vereinigten Staaten und ihren Verbündeten unter dem Gewicht strategisch-militärischer Überlegenheit ihren Willen aufzuzwingen".

Das dritte wesentliche Element unserer Strategie zielt auf eine Ära der Verhandlungen statt der Konfrontation ab. Wir werden uns darum bemühen, unsere Beziehungen zu allen Ländern in einer Atmosphäre des gegenseitigen Respekts und der Reziprozität zu verbessern. Wir haben immer wieder unsere Bereitschaft bekundet, über eine Lösung der Nahost-Krise zu verhandeln; wir warten geduldig auf eine Wiederaufnahme der Gespräche mit den chinesischen Kommunisten in Warschau und wir haben soeben die dritte Runde der Gespräche über eine Begrenzung der strategischen Rüstungen begonnen.

Inzwischen müssen die freien Nationen der Welt einer sehr realen und erheblichen Gefahr ins Auge sehen, insofern die Sowjetunion auch weiterhin ihre strategischen Offensivstreitkräfte mit dramatischen und unüberschaubarem Schwung ausgebaut hat.

Seit 1969 haben die Sowjets die Zahl großer Interkontinentalraketen, die bereits displyziert sind oder sich im Bau befinden,

von 230 auf 300 vermehrt. Abgesehen davon, daß die Sowjetunion die Vereinigten Staaten, was die Zahl der strategischen, zu Lande stationierten Raketen anbetrifft, überflügelt, verstärkt sie auch den Gegenpart unserer Polaris-Unterseeboote und wird uns - wenn das Tempo dieser Produktion beibehalten wird - in dieser Waffenkategorie bis 1974 überholen.

Die Sowjets bauen außerdem auch andere Elemente ihrer Kriegs- und Handelsflotte aus. Allein im Mittelmeer hat sich die Zahl der Einsatztage der sowjetischen Kriegeschiffe von 750 im Jahre 1963 auf rund 17.000 im Jahre 1964 erhöht.

Der Zugang zu Küsteneinrichtungen in Ägypten, Syrien und Algerien hat ausgedehnte Operationen in diesem lebenswichtigen Gebiet erleichtert. Im Hinblick auf ihre Handelsflotte haben die Sowjets ein energisches Programm in Angriff genommen, um ihre Kapazität von 11 Millionen Tonnen auf 20 Millionen Tonnen auszuweiten.

Zur gleichen Zeit haben die Sowjets ein kontinuierliches und systematisches Entwicklungsprogramm für Jagdflugzeuge aufrechterhalten, sie produzieren gegenwärtig einen Jäger in der Klasse von Mach-2,5 bis Mach-3, der bald operativ werden dürfte. Bezüglich der Landstreitkräfte haben sich die Sowjets darauf konzentriert, eine mobilere, modernisierte sowjetische Armee ins Feld zu führen und auch die Streitkräfte des Warschauer Paktes zu verbessern.

Wenn wir die Bedrohung noch weiter beurteilen wollen, dann dürfen wir nicht vergessen, daß die Sowjets ein sich gewaltig ausweitendes Programm der militärischen Forschung und Entwicklung durchführen. Diese Anstrengungen liegen nach gegenwärtigen Schätzungen 20 Prozent über den unsrigen und wachsen mit einer jährlichen Rate von 10 bis 13 vH.

Es ist eine Angelegenheit von ernster Besorgnis, daß das Pendel der Überlegenheit zugunsten der Sowjetunion ausschlägt. Wir stehen heute vor der möglichen Umkehr der Vergangenheit, in der das strategische Kräfteverhältnis zu unseren Gunsten eine echte Beschränkung unserer Gegner darstellte und uns einen größeren Spielraum in den für eine Konfrontation mit ihnen verfügbaren Optionen ließ. Wir stehen vor den Ungewisheiten bezüglich des Ergebnisses und der Auswirkung der Gespräche über eine Begrenzung der strategischen Rüstungen. Wir können es uns jedoch nicht leisten, unsere Verteidigungserfordernisse auf Spekulationen über die Ungewisheiten zu basieren - wir müssen uns der Realität der gegnerischen Kapazität stellen.

(Quelle: "Amerika-Dienst" (United States Information Service), US-Botschaft Bonn)